

## Außenansicht

Chinas Einfluss steigt von Tag zu Tag, Indien und Brasilien wachsen zu Großmächten heran, die Krisen und Konflikte im Mittleren Osten werden immer unüberschaubarer. Die Umbrüche in der Weltpolitik verlaufen in rasender Geschwindigkeit, selten in der Geschichte hat sich die Macht global so schnell verschoben. Welche Gestaltungskonzepte hat Deutschland – zweitgrößte Exportnation, Führungsmacht der EU, Euro-Hegemon und mit seinen Soldaten vom Kosovo bis nach Afghanistan präsent – zu bieten für die Welt im 21. Jahrhundert? Keine.

Die knappe Erklärung lautet: Seit dem Scheitern der EU-Verfassung 2005 ist die Bundesrepublik vor allem mit dem Managen europäischer Krisen beschäftigt. Für Diskussionen, welche Rolle Deutschland und Europa in der Welt spielen sollen, bleiben keine Zeit und Energie. Es gibt aber auch eine längere Erklärung, und die fällt wenig schmeichelhaft aus. Weder Politik noch Bürger wollen eine Debatte über Ziele und Instrumente, die die Weltläufe beeinflussen. Das röche nach Interessen, Macht und Militär, und damit will man seit 1945 nichts mehr zu tun haben. Am liebsten wäre man Schweiz: Wohlstand mehren, Nabelschau betreiben, die Welt Welt sein lassen.

Das erste Indiz: Es gibt kaum mehr gelernte Außen- und Sicherheitspolitiker

## Außenansicht

## Am liebsten Schweiz

Die Welt verändert sich rasant, aber Deutschland führt keine Debatte über seine außenpolitischen Interessen

Von Stephan Bierling

in Kabinett und Parlament. Wer Karriere machen will, profiliert sich als Sozial- oder Umweltexperte, in Bildung und Finanzen. Eine Ausnahme war Karl-Theodor zu Guttenberg, aber da überdeckten Glamour und Selbstinszenierung sein wenig attraktives Fachgebiet.

Symptomatisch ist die Laufbahn von jungen Außenpolitikern wie Christoph Moosbauer, Dietmar Niehan und Niels Annen. Sie flogen aus dem Bundestag, weil die SPD, eigentlich Partei des Internationalismus und der Ostpolitik, sie auf aussichtslose Listenplätze verbannte oder nicht wieder aufstellte. Der Vorwurf der Basis: Sie seien zu oft im Ausland und kümmerten sich nicht um die Probleme vor Ort. Altbundeskanzler Helmut Schmidt musste seine Genossen zu mehr internationalen Besuchen und Be-

kanntschaften mahnen, er sei „noch keine 40 Jahre alt“ gewesen, als ihn die Parteichefs in die Welt hinaus geschickt hätten. Auch bei den anderen Parteien gilt: Außenpolitik ist ein Karrierekiller. Die Bürger wollen mit solchen Fragen nichts zu schaffen haben.

Es vergingen Jahre, bis Angela Merkel als Kanzlerin ihre erste Parlamentsrede zu Afghanistan hielt, und das, obwohl deutsche Soldaten dort seit 2002 stationiert und gestorben waren. Mit ihrem feinen Instinkt für heikle Themen wusste Merkel, was man den Deutschen zumuten konnte.

Bundespräsident Horst Köhler wusste das nicht. Vor laufendem Mikrophon räsionierte er darüber, ob ein Land „unserer Größe“ und „Außenhandelsabhängig-

keit“ nicht im Notfall auch militärische Gewalt einsetzen solle, um „freie Handelswege“ zu sichern und „regionale Instabilitäten zu verhindern“. Die Kritik von SPD, Grünen und Linken war laut, die Unterstützung von Union und FDP leise, und der Bundespräsident schmiss zornig hin. Eine überfällige Debatte, die Köhler anzustoßen den Mut, aber durchzuhalten nicht die Standfestigkeit hatte, war abgewürgt. Sein Nachfolger nahm sie trotz guter Gelegenheiten nicht wieder auf.

Dieses Vakuum bei der Definition der strategischen Interessen Deutschlands und Europas müsste eigentlich eine außen- und sicherheitspolitische Elite in den Forschungsinstituten, Hochschulen und Medien füllen. Bis auf eine Handvoll Zeitungsjournalisten und Professoren wagt dies jedoch niemand. Auch nach dem Umzug von Bonn nach Berlin hat sich keine hauptstädtische Institutions- und Diskussionskultur zu außen- und sicherheitspolitischen Fragen entwickelt. Es gibt keine Denkfabriken wie in den USA, wo man ideologisch kontrovers, aber oft ideenreich über die Rolle des eigenen Landes in der Welt debattiert.

Bleiben die Universitäten. Aber von dort kommen kaum Impulse. Das hat zum einen mit der Personallage zu tun. Das Fach „Internationale Politik“ führt mit Ausnahme der Uni Frankfurt an deutschen Hochschulen ein Randdasein, es

gibt wenige Masterprogramme mit diesem Schwerpunkt. Ganz anders in den USA: Als sie nach dem Zweiten Weltkrieg zur Supermacht aufstiegen, stampften sie innerhalb weniger Jahre Lehr- einrichtungen aus dem Boden, die seither die Gestalter und Verwalter der amerikanischen Weltpolitik hervorbringen. Allein die School of Advanced International Studies in Washington produzierte bis heute mehr als 11 000 Außenpolitiker und Diplomaten. Jede der 2000 Hochschulen in den USA, die etwas auf sich hält, hat einen Studiengang „Internationale Beziehungen“ – oft betreut von Dutzenden Professoren und Gastdozenten aus der Praxis.

In Deutschland marginalisieren sich die wenigen Internationale-Politik-Professoren meist noch selbst, weil sie sich mit immer ausgefeilteren Methoden und



Stephan Bierling, 49, ist Professor für Internationale Politik an der Universität Regensburg. Zuletzt erschienen von ihm die „Geschichte des Irakkriegs“ und „Nelson Mandela“. Foto: Universität Regensburg

Theorien und immer unverständlicheren Begriffen auf immer kleinteiligere Probleme stürzen. Karriere macht man mit Themen wie „Das handlungstheoretische Fundament der Normenforschung“ oder die „Politische Soziologie des Kosmopolitismus und Kommunitarismus“, dafür geben die Forschungsförderer Geld. Zu den großen Weltordnungsfragen haben deutsche Professoren wenig beizutragen, sicherheitspolitische oder regionale Expertise ist selten. Harvard-Professor Stephen Walt klagt – in seinem global gelesenen Blog –, es gebe kaum kontinentaleuropäische Kollegen, deren Arbeiten internationale Aufmerksamkeit erhielten und Debatten auslösten.

Die Schweiz kann die Schweiz sein und bleiben, sie ist wirtschaftlich nur die Nummer 38 in der Welt. Deutschland als größte Macht Europas kann sich außenpolitische Orientierungslosigkeit nicht leisten. Wer nicht weiß, was er will und welche Mittel er für seine Ziele einzusetzen bereit ist, wird in der internationalen Politik schnell vom Subjekt zum Objekt. Man kann nicht einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat anstreben, aber sich enthalten, wenn über den Schutz libyscher Zivilisten abgestimmt wird.

Schafft es Deutschland nicht, eine Debatte über die eigene und Europas Strategie für die Welt des 21. Jahrhunderts zu beginnen, droht dem Land die Bedeutungslosigkeit.